

Alptraum

Bewohner von Umm Al-Khair in Hebron leben in ständiger Angst vor Angriffen israelischer Siedler

3

Alibi

Petersberger Klimadialog: Regierung will Verantwortung abwälzen. Siehe auch Kommentar Seite 8

5

Ausdruck

150 Jahre Karl Kraus: Was Linke mit Sprachkritik anfangen können. Von Stefan Gärtner

11

Apartheid

Besitzverhältnisse unangetastet: Nach 30 Jahren fällt die Bilanz für Südafrika ernüchternd aus

12

Maulkorb für Studis

Protestwelle an US-Unis für Ende des Gazakriegs wird immer größer und erreicht Europa. Obrigkeit reagiert mit Repression. **Von Alex Favalli**

Derartig große Proteste an US-Universitäten hat es seit dem Vietnamkrieg nicht mehr gegeben: An zahlreichen Hochschulen im ganzen Land demonstrieren seit Tagen Massen von Studierenden für ein Ende des Gazakriegs. In der Westküstenmetropole Los Angeles mussten die Behörden deshalb eine Großveranstaltung bei der traditionellen Abschlussfeier der University of Southern California absagen, wie am Freitag bekannt wurde. Auf dem Gelände der Uni waren am Mittwochabend 93 Demonstrierende von der Polizei festgenommen worden. Wenige Stunden zuvor hatten sich ähnliche Szenen im texanischen Austin abgespielt. Schwer bewaffnete Polizisten hätten auf Anweisung des Gouverneurs Gregory Abbott mindestens 34 Menschen an der University of Texas festgenommen, berichtete die *Washington Post*. Zuvor hätten Hunderte Studierende Vorlesungen und Seminare verlassen, um zu fordern, dass sich die Universität von Firmen trennt, die mit Israel Geschäfte machen. Auch am Emerson College in Boston im Nordosten des Landes kam es nach Demonstrationen zu mehreren Festnahmen.

Im Zentrum der Proteste steht die New Yorker Columbia-Universität, wo die Repression besonders heftig ist. Während die Präsidentin der Hochschule, Nemat Minouche Shafik, am vergangenen Mittwoch vor dem Bildungsausschuss des Repräsentantenhauses in Washington zu den Antisemitismusvorwürfen gegen die protestierenden Studierenden aussagte, versammelten sich in Upper Manhattan Hunderte Menschen – neben Studierenden auch zahlreiche Dozenten und Professoren, die die Repression als Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit bezeichnen –, um



Studis blockierten am Freitag die Universität Sciences-Po in Paris

ein Protestcamp zu errichten und einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza zu fordern. Im Anschluss an ihre Erklärung forderte Shafik in einem von der Universität veröffentlichten Brief das New York City Police Department (NYPD) auf, Personen zu »entfernen«, die sich »entgegen den Regeln und Richtlinien der Universität« auf dem Campus aufhielten. Daraufhin stürmte die New Yorker Polizei das Gelände und schloss die Demonstrierenden mit Barrikaden ein. Nach Angaben des NYPD wurden mindestens hundert Personen festgenommen. Videos, die im Internet kursieren, zeigen, wie mehrere unbewaffnete Personen zu Boden

gedrückt oder in Handschellen abgeführt werden.

»Wenn wir über Antisemitismus auf dem Campus sprechen, lenkt das die Aufmerksamkeit vom Gazastreifen ab«, sagte der jüdische Columbia-Student Jared Kannel am Mittwoch vor laufenden Kameras. »Ich bin hier völlig sicher, und das ist alles nur eine Ablenkung, weil sie nicht wollen, dass wir über das andauernde Massaker an palästinensischen Zivilisten in Gaza sprechen.« Die polizeiliche Repression zeigt nicht die von den Behörden erhoffte Wirkung, im Gegenteil: Inzwischen haben sich die Demonstrationen auf mehr als 40 weitere Universitäten

ausgeweitet. Protestcamps wurden beispielsweise am Massachusetts Institute of Technology, am Emerson College, an der University of Michigan, an der University of California in Berkeley, in Harvard und an der Yale errichtet.

Die Solidarität der Studierenden mit den Palästinensern scheint von den Herrschenden nicht mehr unterbunden werden zu können. Am Donnerstag und Freitag schwappte die Protestwelle auch nach Europa über. In Paris an der Sorbonne und an der Sciences Po sowie an der Universität La Sapienza in Rom schlossen sich Hunderte Studierende den Protesten an, um ein Ende des »Genozids in Gaza« zu fordern.

Ukraine will mehr Luftabwehr

Verbündete beraten über Bereitstellung, Präsident dient Land als Produktionsstandort an

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskiy fordert von den Verbündeten mehr Unterstützung bei der Flugabwehr seines Landes gegen russische Luftangriffe. Die zwischenzeitliche Unterbrechung der US-Hilfen habe Russland dabei geholfen, die Initiative auf dem Schlachtfeld zu ergreifen, sagt Selenskiy am Freitag zum Auftakt eines Onlinetreffens der US-geführten Kontaktgruppe zur Unterstützung der Ukraine. Ihr Botschafter in Deutschland, Olexij Makhejew, hatte zuvor sieben neue »Patriot«-Luftabwehrsysteme gefordert und

gelobt, dass Berlin bereits eines davon zur Verfügung gestellt habe. Kiew hoffe, dass weitere Staaten folgen.

Spanien soll sich auf deutsches Drängen bereiterklärt haben, der Ukraine Munition für »Patriot«-Systeme zu überlassen. Dies berichtete am Freitag *El País*. Das gelte jedoch nicht für die Abschussvorrichtungen. Spanien hatte 2004 und 2014 insgesamt drei »Patriot«-Batterien gebraucht aus Bundeswehr-Beständen gekauft. In Griechenland erklärte dagegen Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis, sein Land werde der Ukraine keine weiteren

Luftabwehrsysteme liefern, weil es sie selbst brauche. Mitsotakis deutete an, dass es Druck größerer EU-Staaten zu derartigen Lieferungen gegeben habe.

Am Vorabend hatte Selenskiy den Westen aufgefordert, die Rüstungsproduktion direkt in seinem Land aufzunehmen. Wenn im Westen Kapazitäten fehlten, so könne die Ukraine diese bereitstellen. Schon vor einigen Tagen hatte Selenskiy mitgeteilt, er verhandle darüber mit den USA. Eine Reaktion aus Washington ist bisher nicht bekanntgeworden. Die Produktion der Waffen außerhalb des unmittelbaren

Kriegsgebiets bewahrt nicht nur die Fertigungsstätten vor Schäden, sondern sichert den Geberländern die Kontrolle über die Technik und vor allem darüber, was und wieviel an die Ukraine geliefert wird – und damit über die Intensität des Krieges. Kiew ist allerdings daran interessiert, den Krieg nach seinen eigenen Vorstellungen führen zu können. Erst einmal werden in den USA laut *Politico* Aufträge über die Neuproduktion von Waffen für Kiew im Wert von sechs Milliarden Euro vorbereitet, die Lieferung können aber Monate oder Jahre dauern. **Reinhard Lauterbach**



UNO fordert freie Fahrt für »Freedom Flotilla«

Genf. UN-Vertreter haben am Freitag in Genf sicheres Geleit für die »Freedom Flotilla Coalition« gefordert, die mit mehreren Schiffen von der Türkei aus 5.500 Tonnen humanitäre Hilfe sowie internationale Beobachter in den von Israel belagerten Gazastreifen bringen will. In einer Erklärung hieß es, die Flottille habe das Recht auf freie Durchfahrt. »Wenn sich die Flottille den palästinensischen Gewässern nähert, muss Israel unbedingt das Völkerrecht einhalten, einschließlich der jüngsten Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs, den Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten.« 2010 hatte Israel eine frühere »Freedom Flotilla« in internationalen Gewässern angegriffen, wobei zehn Passagiere getötet und weitere verletzt wurden. Die für Freitag geplante Abfahrt wurde bereits von israelischer Seite verzögert, hieß es von der Koalition. (jw)

Krah-Mitarbeiter wollte für BND arbeiten

Berlin/Beijing. Der wegen angeblicher Spionage für China verhaftete Mitarbeiter des AfD-Europaausgeordneten Maximilian Krah soll sich vor einigen Jahren dem Bundesnachrichtendienst (BND) angedient haben. Der Auslandsnachrichtendienst will eine Zusammenarbeit mit Jian G. aber abgelehnt haben, verbreitete die Nachrichtenagentur *dpa* am Freitag unter Berufung auf eigene Informationen. Später wurde der Mann dem Vernehmen nach beim sächsischen Verfassungsschutz vorgestellt, wo eine Zusammenarbeit aber ebenfalls nicht zustande gekommen sein soll. Der am Montag in Dresden festgenommene G. sitzt in Untersuchungshaft. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, sagte am Freitag in Beijing, Berlin solle böswillige Spekulationen sofort unterbinden und die gesunde Entwicklung beiderseitiger Beziehungen aufrechterhalten. (dpa/jw)

jw wird herausgegeben von 2.751 Genossinnen und Genossen (Stand 24.4.2024)
■ www.jungewelt.de/lpg

